

## **Die „soziale Frage“ revisited: Umverteilung nach dem Wachstum**

*Stephan Lessenich*

1

Das 20. Jahrhundert lässt sich historiographisch als ein Kampf der Wachstumssysteme rekonstruieren: Wachstumskapitalismus gegen Wachstumssozialismus. Der Sieg des Wachstumskapitalismus im Systemwettbewerb vor nunmehr zwei Jahrzehnten stellt sich rückblickend in gewisser Weise doch als jenes „Ende der Geschichte“ dar, das Francis Fukuyama damals imaginiert hatte: als Vorbote nämlich der Grenzen einer Reproduktion der gesellschaftlichen Wachstumskonstellation. Spätere Historiker/innen unserer Gegenwart werden feststellen, dass sich der Wachstumskapitalismus zum Beginn des 21. Jahrhunderts zu Tode gesiegt hatte.

2

Der gemeinsame Ausgangspunkt der Forschungsprogrammatische der DFG-Kollegforschergruppe „Postwachstumsgesellschaften“ an der Universität Jena ist die Erkenntnis, dass sich moderne, demokratisch-kapitalistische Gesellschaften – die Siegesgesellschaften des Systemwettbewerbs – nur dynamisch zu stabilisieren vermögen. Sprich: Nur durch die beständige Steigerung ihres Outputs – im Sinne von mehr Wertprodukt, mehr Konsum, mehr Optionen – sind diese Systeme funktions- und legitimationsfähig zu halten; und nur durch eine beständige Steigerung – die fortschreitende Extensivierung und/oder Intensivierung – des Inputs aller möglichen Ressourcen ist wiederum die permanente Steigerung des Outputs möglich. Moderne Gesellschaften sind Wachstumsgesellschaften – im Guten wie im Schlechten.

3

Die funktionale und normative Stabilisierung des ökonomischen Wachstumsmodells der modernen industriellen Gesellschaften beruhte (und beruht bis heute) wesentlich auch auf einem Wachstumssozialstaat. Im durch Weltwirtschaftskrise, Faschismus und Weltkrieg hervorgebrachten Gesellschaftskompromiss zwischen Kapital und Arbeit wurde die Akzeptanz des Privateigentums gegen den Aufbau von Sozialvermögen getauscht: aus

Proletariern wurden Bürger, existenzielle Lohnabhängigkeit mit sozialer Anspruchsberechtigung veredelt. Dieser Kompromiss – die sozialstaatliche Demokratie der Nachkriegszeit – beruhte einerseits auf der innergesellschaftlichen Umverteilung von Teilen des beständig neu generierten wirtschaftlichen Mehrprodukts. Dieses immer weiter wachsende und soziale Verteilungskompromisse ermöglichende Mehrprodukt aber wiederum basierte andererseits auf der strukturellen Privilegierung der westlichen Industriegesellschaften durch eine von ihnen selbst herbeigeführte, durchgesetzte und beherrschte Weltwirtschaftsordnung. Die soziale Sicherheit breiter gesellschaftlicher Schichten im Nachkriegswohlfahrtsstaat war insofern nur geliehen – von einem mit gewerkschaftlichen Machtressourcen konfrontierten Industriekapital; und sie war zudem gleichsam gestohlen – von jenen Gesellschaften des globalen Südens, die sich der Weltmarktmacht der industriekapitalistischen Nationen zu beugen hatten.

4

Der Wohlstand der Nationen des globalen Nordens – ihr wachstumsgetriebenes, konsumorientiertes und teilhabebasiertes Gesellschafts- und Entwicklungsmodells – lässt sich mittlerweile inner- wie zwischengesellschaftlich nur durch Prozesse zunehmender sozialer Ungleichheit und tendenzieller ökonomischer Überausbeutung sichern. Innergesellschaftlich äußert sich dies in Phänomenen wie der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen, der Marginalisierung migrantischer Milieus und der Intensivierung des Marktdrucks in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen und über den gesamten individuellen Lebenslauf hinweg. Zwischengesellschaftlich wird die Asymmetrie, Gewaltsamkeit und – ja – Menschenverachtung der im wahrsten Sinne um jeden Preis befeuerten wachstumsgesellschaftlichen Konstellation hierzulande schlagartig (und zumindest schlaglichtartig) immer dann deutlich, wenn zum Beispiel in Savar, Bangladesh, hundert Menschen – vielleicht auch mehr, wer weiß das und wen kümmert es schon – in einer Textilfabrik ersticken und verbrennen, in der eine Million T-Shirts, 800.000 Polo-Shirts und 300.000 Fleecejacken für den unstillbaren Kaufdurst und Profithunger westlicher Konsument/innen und Unternehmen produziert wurden (wohlgemerkt: monatlich).

5

Die einerseits angemessene Skandalisierung des Vorfalles etwa im Wirtschaftsteil der „Süddeutschen Zeitung“ – unter dem Titel „gefährlich billig“ – kommt andererseits, unangemessener Weise, ohne die Benennung des dahinter liegenden gesellschaftlichen Strukturproblems aus (aber dafür ist es ja auch der Wirtschaftsteil der „Süddeutschen“): des Strukturproblems nämlich eines seit zwei, drei Jahrzehnten entfesselten Kapitalismus. Genauer – und soziologischer – gesagt ist es die gesellschaftliche Irrationalität des kapitalistischen Akkumulationsmodells, die mit jedem Textilfabrikbrand und jedem ölverseuchten Küstenabschnitt, mit jeder weiteren Immobilienblase und jedem neuen Erwerbslosensanktionsregime zutage tritt. Es ist die kollektive Irrationalität individuell rationaler Entscheidungen im Handlungskontext kapitalistischer Marktstrukturen – die systembedingte Orientierung aller ökonomisch Handelnden an der immer weiter getriebenen Ausbeutung aller nur erdenklichen Produktionsfaktoren –, in der die sogenannten „sozialen Probleme“ unserer Zeit wurzeln.

6

Das gesellschaftlich Irrationale marktwirtschaftlicher Rationalität – des einzelwirtschaftlichen Handelns von Besitzenden wie Nicht-Besitzenden, Unternehmen wie Lohnabhängigen gleichermaßen – konnte historisch (wenn, dann) nur durch die Kollektivrationalität politischer, konkret: staatlicher Intervention ansatzweise kompensiert und notdürftig ausgeglichen werden. Der moderne Wohlfahrtsstaat ist – in unterschiedlichen Ausprägungen, mal mehr und mal weniger – genau dies gewesen: Ausdruck einer gesellschaftlichen Kollektivrationalität, die (im Erfolgsfall) gegen die Irrationalitäten der kapitalistischen Akkumulationslogik in Anschlag gebracht werden konnte. Immerhin wurde so – zumindest in seinen entwicklungshistorischen Zentren – ein Kapitalismus mit menschlichem Antlitz geschaffen. Die Sache mit dem Wohlfahrtsstaat hatte und hat nur einen (oder vielleicht auch noch den ein oder anderen weiteren, aber insbesondere diesen einen) Haken: er ist teuer, er ist manch mächtigen Interessen schon lange viel zu teuer, denn er entzieht (jedenfalls auch und zunächst und in jedem Fall auf den ersten Blick) bestimmte Werte der ökonomischen Verwertung – etwa Kinder der Fabrikarbeit und Alte dem Erwerbszwang, die Gesundheit dem Preismechanismus und die Rente (wenn die Gesellschaft schlau ist) dem Renditedenken. So gesehen, war der Wohlfahrtsstaat der

Wachstumsgesellschaft immer auch ein Wachstumshemmnis – und zwar eines, das wiederum nur im Kontext einer Wachstumsökonomie überhaupt denk- und realisierbar war.

7

In Gesellschaften, in denen die ökonomischen Wachstumsraten seit Jahrzehnten niedrig sind, langfristig sinken und zuletzt krisenbedingt negativ zu werden drohten (oder gar wurden); in Ökonomien, in denen das Wachstum – und bisweilen auch bloß die Aufrechterhaltung – von Profit- und Produktivitätsraten eines immer höheren, extensiveren und intensiveren Einsatzes von natürlichen und menschlichen Ressourcen bedarf; in einer Konstellation, in welcher die „teure“ und umverteilungsbasierte Kollektivrationalität des Wohlfahrtsstaats funktional wie normativ zusehends in Frage steht, in Zweifel gezogen und effektiv ausgehöhlt wird: in diesen Gesellschaften, Ökonomien, Konstellationen stellt sich die „soziale Frage“ auf ganz neue Weise. Sie kann einerseits nicht mehr länger nach Art des westlichen Wohlfahrtsstaatsmodells der Nachkriegszeit beantwortet werden – d.h. über die teilweise innergesellschaftliche Abschöpfung und Umverteilung von Gewinnen, die durch die einseitige Ausnutzung höchst ungleicher weltwirtschaftlicher Tauschverhältnisse generiert wurden. Sie kann jedoch andererseits auch nicht unbeantwortet bleiben, denn die erfolgreiche Bearbeitung der sozialen Frage ist der Schlüssel zu einem friedlichen und produktiven Übergang der spätindustriellen Gesellschaften in eine postwachstumsgesellschaftliche Konstellation.

8

Angesichts der herrschenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ist nun allerdings die Wahrscheinlichkeit groß, dass sich auf der Suche nach einer „Lösung“ der doppelten Wachstumskrise des Wachstumskapitalismus – im Sinne der steigenden gesellschaftlichen Kosten zur Erzielung geringerer wirtschaftlicher Wachstumsraten – jene neoliberale Verzichtsideologie durchsetzt und fortschreibt, die uns penetrant zu suggerieren versucht, dass „wir alle“ den Gürtel enger schnallen müssten. Auch wenn damit ein – im Prinzip durchaus angemessener – Wachstumsverzicht der spätindustriellen Gesellschaften des globalen Nordens zugunsten der „nachholenden Entwicklung“ des globalen Südens gemeint ist: Entsprechende Appelle und Anrufungen zielen zugleich und zumeist in erster Linie auf eine binnengesellschaftliche Konstellation, in der die gewachsenen Verteilungsrelationen

und Ungleichheitsstrukturen der Wachstumsgesellschaft unangetastet bleiben sollen (oder sich sogar tendenziell weiter verschärfen). Der gesellschaftliche Übergang zu einer sozial produktiven – statt destruktiven – Postwachstumskonstellation steht und fällt aber mit der effektiven Sicherung nicht nur sozialer Minima, sondern basaler Gleichheitsrechte gesellschaftlicher Teilhabe und Beteiligung.

9

Damit aber ist die Transformation kapitalistischer Wachstumsgesellschaften zuerst und im Kern eine Frage der Demokratie, genauer: der Fundamentaldemokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Und dies nicht allein auf nationaler oder – wiewohl dies ein wichtiges und dringliches Zwischenziel darstellt – auf europäischer Ebene. Demokratie, verstanden als die politische Selbststeuerung der Gesellschaft, muss sich globalisieren. Das mag utopisch klingen – und ist es auch. Vielleicht so utopisch wie es zu frühkapitalistischen Zeiten die Durchsetzung des modernen Wohlfahrtsstaats gewesen ist (bzw. als gesellschaftspolitische Idee gewesen wäre). Oder anders gesagt: Utopien sind dazu da, realisiert zu werden. Nicht heute oder morgen. Aber doch irgendwann.

10

Kern einer Utopie demokratischer Transformation(en) der Wachstumsgesellschaft ist die politische Durchsetzung und institutionelle Verankerung Globaler Rechte. Globale Rechte – zivile, politische, soziale – ermöglichen, so und wo sie wirksam sind, die Sicherung gesellschaftlicher Güter wie Schutz, Ressourcenzugang und Partizipation. Zugleich stehen sie für einen Akt gesellschaftlicher Selbstermächtigung, denn sie werden – wie historisch schon die Bürgerrechte im Kontext des nationalen Wohlfahrtsstaats – nicht „von oben“ gewährt, sondern „von unten“ erkämpft. Und die sozialen Kämpfe, deren Ausdruck und Ergebnis sie sind, werden unter den gegebenen Umständen absehbar Kämpfe gegen die sozialen Zumutungen und Verwerfungen, Verwüstungen und Verheerungen des Wachstumskapitalismus sein – in Bangladesh wie im Nigerdelta, in Fukushima wie an all jenen Industriestandorten, die vom Kapital verlassen wurden und werden, um anderswo gefährlich billiger zu produzieren. Diese Kämpfe werden, ob wir dies wollen oder nicht, unweigerlich kommen. Wie sie sich aber vollziehen und wohin sie führen werden: das liegt durchaus auch an uns.